

DEBATTE

HERWIG HÖSELE
über den endlosen Schulstreit
zwischen Bund und Ländern



Den gordischen Knoten durchschlagen

Wer als unverdrossener österreichischer Optimist gehofft hat, dass die wahlfreien Jahre 2011 und 2012 ein „window of opportunity“ für die dringend notwendige Auflösung des allgegenwärtigen Reformstaus im Land wären, den müssen in diesen Tagen leider arge Zweifel befallen. „Nur traurig dieser Streit“, seufzt der angesehene sozialdemokratische Bildungspolitiker und Querdenker Kurt Scholz angesichts der sogenannten Schuldiskussion, die wieder nur mit Stereotypen und bewussten Verwechslungen geführt wird.

Denn genau genommen geht es um zwei verschiedene Bereiche – einerseits um eine effiziente Schulverwaltung, andererseits um die Inhalte und die bestmöglichen Strukturen, damit die größtmögliche Zahl an Kindern die bestmöglichen Bildungschancen erhält.

„Effiziente Schulverwaltung durch die Länder und große Bildungsreform durch den Bund sind notwendig und vereinbar.“

Bei der Schulverwaltung werden seit Jahrzehnten teure Doppelgleisigkeiten zwischen den Schulabteilungen der Landesregierungen und der Bundesbehörde Landesschulrat beklagt. Und es gibt eine ebenso lange elende Streiterei, ob die Länder nun auf Kosten des Bundes zu viele Lehrer beschäftigen – als ob es nicht immer das gleiche Geld des Steuerzahlers wäre, das durch den Finanzausgleich und Gesetze aufgeteilt wird. So schiene es doch sehr sinnvoll, diesen gordischen Knoten zu durchschlagen und den Ländern die Schulverwaltung zu übertragen – nämlich, wo wie viele Lehrer eingesetzt und Schulen mit Klassen, (Sprach-)Förderunterricht, Ganztagsbetreuung geführt werden.

Es ist doch absurd zu glauben, dass die Wiener Zentralbürokratie eher beurteilen kann, wie Chancengerechtigkeit etwa in Hiefrau, Oberwölz oder auf der Soboth hergestellt werden soll, als eine Abteilung des Landes, die ohnehin in mittelbarer Bundesverwaltung – also mit Weisungsrecht des Ministeriums – zu führen wäre. Dafür erhalten die Bundesländer einen gewissen Betrag, für Mehrkosten haben sie die landesbudgetäre Verantwortung zu übernehmen. Um wieder Kurt Scholz zu zitieren: „Vor Ort ist es leichter als von Wien aus festzustellen, was in der Region gebraucht wird.“ Auch Wifo-Chef Karl Aiginger hat sich zu Herbstbeginn ähnlich geäußert – im Sinne schlankerere Strukturen, wobei auch die Schulautonomie zu stärken ist.

Selbstverständlich muss es strenges Controlling des Bundes geben, der die Bildungsziele vorgibt und die Bildungsstandards in allen Schulstufen bis hin zur Zentralmatura festlegt. Und natürlich sind die längst fälligen Bildungsreformen endlich durchzuziehen – von der vorschulischen Erziehung über die Schule der 10- bis 14-Jährigen, flächendeckende ganztägige Angebote bis hin zu einheitlicher Pädagogenausbildung mit ebensolchen Dienstrechten und einer ausreichenden Studienplatzfinanzierung.

Herwig Hösele war Präsident des Bundesrats.